

Rentenpolitische Debatte nimmt Fahrt auf

Politik streitet über die Riester-Rente

Die Alterssicherung ist in den vergangenen Wochen in den Fokus der politischen Debatte gerückt. Das ist ein erster Erfolg für IG Metall und DGB, die für den Herbst rentenpolitische Kampagnen angekündigt haben. Nun streiten die Parteien über den richtigen Kurs in der Rentenpolitik. Dabei rückt auch die geförderte Privatvorsorge zunehmend in den Fokus. Zeit für einen „Fakten-Check“.

Die Diskussion um die Riester-Rente ist Ausdruck eines zentralen Versorgungsproblems infolge der Rentenreform 2000/2001. Damals wurde beschlossen, das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente schrittweise zu senken – um den Beitragssatz der Rentenversicherung möglichst niedrig halten zu können. Dafür sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstärkt privat mit einer Riester-Rente für das Alter vorsorgen. Das dafür notwendige Geld müssen sie jedoch weitgehend allein aufbringen.

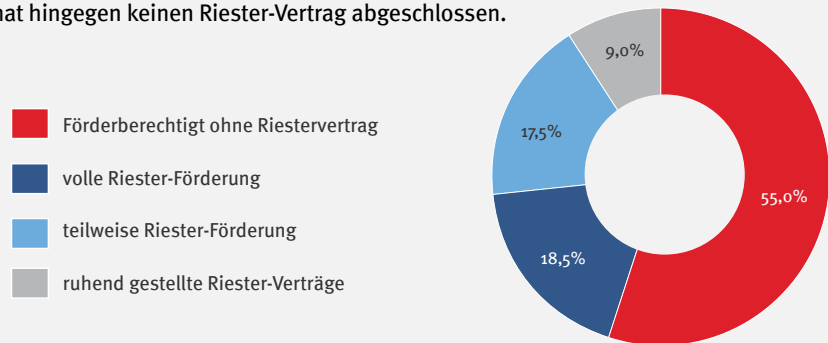
Der Staat unterstützt den Aufbau dieser Privatvorsorge allerdings durch eine Zulagenförderung. Dafür gibt er derzeit jährlich etwa 3 Mrd. Euro aus. Ursprünglich war jedoch mit einem Fördervolumen von 7,5 Mrd. Euro im Jahr kalkuliert worden. Wer insgesamt vier Prozent seines Einkommens und mindestens 60 Euro im Jahr für das Alter zurücklegt, erhält eine Grundzulage von 154 Euro und ggf. eine Kinderzulage von 185 Euro (bzw. 300 Euro für ab dem 1.1.2008 geborene Kinder).

Schwache Verbreitung der Riester-Rente

Die Verbreitung der Riester-Rente bleibt klar hinter den ursprünglichen Annahmen zurück. Den fast 35 Mio. Förderberechtigten stehen aktuell etwa 16,5 Mio. Riester-Verträge gegenüber – mit nur wenig Bewegung in den

Nur wenige Riester-Verträge mit voller Zulagenförderung

Von den rund 34,4 Mio. Förderberechtigten erhält weniger als ein Fünftel (18,5%) tatsächlich die volle Förderung für einen bestehenden Riester-Vertrag und erfüllt somit die Annahmen der Bundesregierung. Mehr als die Hälfte der Förderberechtigten (55%) hat hingegen keinen Riester-Vertrag abgeschlossen.



Grafik: IG Metall SOPAINFO Quelle: eigene Berechnung Daten aus Bundestag-Drucksache 18/3628 vom 19.12.2014



letzten Jahren. Und etwa 20 Prozent dieser Verträge sind ruhend gestellt, es fließen also keine Sparbeträge mehr auf die Konten.

Förderung wird nicht ausgeschöpft

Auf Anfrage der Grünen musste die Bundesregierung Ende 2014 zudem eingestehen, dass nur 6,4 Mio. Menschen mit einem Riester-Vertrag in der Höhe sparen, wie es für die vollen Zulagen notwendig ist. Bei weiteren 6 Mio. Verträgen reicht das Sparvolumen der Versicherten nicht für die volle Förderung aus. Entsprechend liegt die tatsächliche Förderhöhe je Riester-Vertrag nach einer Studie der Freien Universität Berlin und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) durchschnittlich nur bei 116 Euro. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass von

allen potenziellen Riester-Sparern nicht einmal ein Fünftel das angenommene Vorsorgevolumen erreicht (s. Grafik).

Viele ganz ohne Zusatzvorsorge

Dennoch tut die Bundesregierung in ihrem jährlichen Rentenbericht so, als würde das sinkende Rentenniveau durch eine Riester-Rente zumindest teilweise ausgeglichen. Ein Standardrentner mit 45 Entgeltpunkten kommt ab dem 1. Juli 2016 auf eine Bruttorente von etwa 1.370 Euro (West). Dazu werden weitere Einkünfte aus einem Riester-Vertrag in Höhe von 80 Euro unterstellt, was eine Gesamtversorgung von 1.450 Euro ergeben würde. Wobei die Regierung annimmt, dass immer vier Prozent des Einkommens gespart wurden, in jedem Jahr vier Prozent Rendite erzielt wurden und

für den Riester-Vertrag zehn Prozent Verwaltungskosten angefallen sind. Dabei weiß die Regierung es eigentlich sehr viel besser. In ihrem letzten Alterssicherungsbericht vom Herbst 2012 ging sie davon aus, dass rund 30 Prozent der Beschäftigten über keinerlei Ansprüche aus zusätzlicher Altersvorsorge verfügen – also weder über eine Riester-Rente noch eine betriebliche Altersversorgung. Besonders dramatisch ist die Situation bei den Geringverdienenden. Bei den Beschäftigten mit einem Brutto-Einkommen von weniger als 1.500 Euro im Monat sind 42 Prozent ganz ohne Zusatzvorsorge, bei 1.500 bis 2.500 Euro sind es 36 Prozent. Und doch wird als Legitimation für die bereits erfolgte Senkung des Rentenniveaus unterstellt, dass dieses pauschal durch eine Riester-Rente ausgeglichen wird.

Sozial unausgewogene Förderung

Zudem ist die Riester-Förderung sozial unausgewogen. Personen mit höheren Einkommen profitieren überdurchschnittlich von der staatlichen Förderung. So kamen FU Berlin und DIW im Jahr 2015 zu dem Ergebnis, dass rund 38 Prozent der Gesamtförderung den zwei Zehnteln mit den höchsten verfügbaren Einkommen zugutekommen. Auf die Bezieher der unteren zwei Zehntel der Einkommen entfallen hingegen lediglich 7,3 Prozent der gesamten Förderung. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei der Verbreitung der Riester-Rente: Während bei den unteren beiden Einkommenszehnteln nur 15 bzw. 18 Prozent der Haushalte eine Zulagenförderung erhalten, sind dies in den höheren Einkommensgruppen zwischen 28 und 34 Prozent.

Hohe Kosten

Neben dem schwachen Verbreitungsgrad und der unausgewogenen Zulagenförderung gibt es weitere kritische Aspekte. So besteht nach einer Berechnung des Munich Center for the Economics of Aging eine deutliche Differenz zwischen Annahmen und Wirklichkeit auch auf dem Feld der Kosten von Riester-Produkten. Statt bei den unterstellten zehn Prozent liegen die Kosten im Schnitt bei fast 13 Prozent – und schwanken dabei zwischen 2,5 und 19,8 Prozent. Teilweise fließt dabei die gesamte staatliche Förderung in die Taschen der Versicherungskonzerne.

Unsichere Renditeaussichten

Spätestens mit der Finanzmarktkrise ab 2008 und der andauernden Niedrigzinsphase wurden die Risiken der Kapitaldeckung schonungslos offengelegt. Als Reaktion wurde der Garantiezins seit Einführung der Riester-Rente von 3,25 Prozent auf aktuell nur noch 1,25 Prozent abgesenkt. Welche Renditen aber langfristig tatsächlich bei Riester-Verträgen zu erwarten sind, ist völlig unklar. So teilte das Finanzministerium 2014 mit, dass solche Prognosen nicht möglich seien – was die Frage aufwirft, auf welcher Grundlage im Rentenversicherungsbericht dann von durchschnittlich vier Prozent ausgegangen wird.

IG Metall für Kurswechsel

Die Fakten zur Riester-Rente zeigen, dass sich die hohen Erwartungen in die geförderte Privatvorsorge bei weitem nicht erfüllt haben. Es ist offensichtlich: Die private Vorsorge kann die Lücke, die bei der gesetzlichen Rente gerissen wurde, nicht schließen. Die IG Metall fordert daher einen Kurswechsel in der



„Die Riester-Rente hat die Erwartungen nicht erfüllt. Sie hat versagt. Diejenigen, die privat vorgesorgt haben, müssen für ihre Beiträge auch weiterhin etwas bekommen. Aber für eine weitere öffentliche Subventionierung gibt es keine Rechtfertigung. Die frei werdenden Mittel sind bei der gesetzlichen Rente oder der Betriebsrente besser aufgehoben.“

HANS-JÜRGEN URBAN
geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
der IG Metall

Rentenpolitik: Das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente muss zunächst stabilisiert und dann deutlich angehoben werden. Die Riester-Rente sollte im Gegenzug auslaufen – mit Bestandsschutz für bestehende Verträge. Die dadurch frei werdenden sowie die bisher nicht eingesetzten Steuermittel sollten für die Finanzierung der Mütterrente und für die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung als Ergänzung einer gestärkten gesetzlichen Rente genutzt werden.

Impressum

Herausgeber
IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik
60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich
Hans-Jürgen Urban

Redaktion
Christoph Ehlscheid, Angelika Beier,
Stefanie Janczyk, Thomas Krischer, Dirk Neumann
Gestaltung
Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de.

Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.